Gemeinde Heidgraben

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0906/2021/HD/BV

Fachbereich: Bauen und Liegenschaften	Datum: 25.10.2021
Bearbeiter: Diana Franz	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Bauwesen und Verkehr der Gemeinde Heidgraben	11.11.2021	öffentlich

Finanzierung von Straßenunterhaltung und Sanierung, Straßenausbaubeiträge

Sachverhalt:

Zur Straßenbaulast einer Kommune gehören die Unterhaltung und Instandsetzung der gemeindlichen Straßen und Wege. Die Kommunen müssen ihre Straßen durch regelmäßige sachgerechte Ausbesserungsarbeiten in Ordnung halten. Übliche Unterhaltungsarbeiten gehören zum Aufgabenbereich der Gemeinden und sind dem allgemeinen Haushalt zu belasten.

Straßenunterhaltung ist nicht Gegenstand des Straßenausbaubeitragsrechts. Es ist eine zwingende Aufgabe der Gemeinde, die dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen in einem entsprechenden gebrauchsfähigen Zustand zu erhalten.

Schleswig-Holstein ermöglicht unterschiedliche Herangehensweisen, wie die Kommunen den Ausbau/ Erneuerung ihrer Gemeindestraßen finanzieren können. Insbesondere gibt es unterschiedliche Regelungen, was die Weitergabe der finanziellen Belastungen an die Einwohner betrifft. Wie Straßenausbaubeiträge erhoben werden, ist immer ein politischer Abwägungsprozess.

Die Wahlmöglichkeit zwischen einmaligen und wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen wurde den Gemeindevertretern des Ausschusses für Umweltschutz, Bauleitplanung, Verkehr und Kleingärten am 23.11.2017 in einem Vortrag veranschaulicht und trägt dem Prinzip der kommunalen Selbstverantwortung am stärksten Rechnung. In Schleswig-Holstein hat man sich 2018 entschieden, von der „Soll“-Vorschrift zur „Kann“-Vorschrift zu wechseln. Die Gemeinden haben für eine Erhebung von Beiträgen zwingend eine Satzung zu erlassen.

Ein gemeindlicher Mindestanteil der Gemeinde von 15 Prozent sollte nicht unterschritten werden. Möchte man die Anlieger entlasten, ohne dass die Gemeinde auf die Beiträge verzichtet, wäre ein weiterer Ansatz außerhalb von Billigkeitsregelungen, eine Ratenzahlung bei einmaligen Beiträgen anzubieten.

Ebenso könnte jede Gemeinde bei der Beitragserhebung auch ihren Ermessensspielraum weiter ausnutzen und den Gemeindeanteil an den Beiträgen erhöhen.

Zum vollständigen Ressourcenverbrauch der Gemeinde gehört im doppelten Haushaltsrecht auch die Bildung von Rückstellungen für Verpflichtungen, deren Eintritt dem Grunde nach zu erwarten sind, deren Höhe und Fälligkeitstermin jedoch noch ungewiss sind. Diese sind von der Gemeinde als Aufwand zu buchen und auf der Passivseite ihrer Bilanz anzusetzen.

Der Begriff der Rückstellung entspricht weitgehend dem Begriff der Rücklagen im kameraleen Recht mit der Einschränkung, dass Rückstellungen nicht zur Ansammlung von liquiden Mitteln für einen bestimmten Zweck dienen. Daher gibt es auch keine Rückstellungen für verdiente Abschreibungen, für Gebührenüberschüsse und für Ablösebeträge für Stellplätze, sowie keine Allgemeine Rückstellung.

Rückstellungen dürfen nur in den gesetzlich definierten Fällen des § 24 (1) Nr. 1 - 10 GemHVO-D gebildet werden. Andere Rückstellungen sind ausdrücklich ausgeschlossen. Rückstellungen für Straßenneubau oder Straßenunterhaltung sind im Katalog des § 24 nicht erfasst und damit nicht zulässig.

Die Kommune muss sich im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten überlegen, ob sie in der Lage ist, die notwendigen Ausbaumaßnahmen aus ihrem Haushalt zu stemmen oder Beiträge erheben möchte. Kommunen, die finanziell am Limit sind und der Haushalt mit Krediten oder staatlichen Zuwendungen gestärkt werden muss, sollten sich für eine zukunftsorientierte und finanziell gesicherte Entscheidung, eine kompetente juristische Fachberatung einholen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt der Gemeinde Heidgraben, zur fachgründigen Beratung Kontakt zur Kanzlei Weissleder - Ewer, insbesondere Professor Doktor Marcus Arndt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Abgabenrecht etc. aufzunehmen.

Im Rahmen einer überörtlichen Veranstaltung in Kooperation mit weiteren interessierten amtsangehörigen Gemeinden könne so, aus erster Hand, den Gemeindevertretern Hilfestellungen für weitere politische Entscheidungen gegeben werden.

Finanzierung:

Die Kosten der Rechtsberatung müssten im Haushalt bereitgestellt werden.